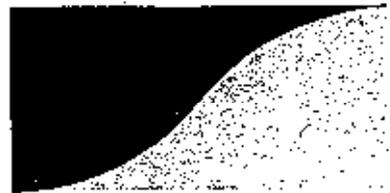


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB zur Notwendigkeit eines eigenen Forschungsinstituts: Die Geschichte der DDR aufarbeiten.

Seite 1

Dr. R. Werner Schuster MdB zu den Entscheidungen der SPD-Sofortprogrammkommission: "Politikfähigkeit" wichtiger als Problemlösung?

Seite 2

Dr. Klaus Kübler MdB zu dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Kongo: Der neuen jungen Demokratie Starthilfe leisten.

Seite 4

Dokumentation

SPD-Vorsitzender Björn Engholm hat Hans-Jürgen Wischnewski auf einem Empfang in Bonn zu dessen 70. Geburtstag gratuliert. Wortlaut der Ansprache

Seite 5

47. Jahrgang / 172

8. September 1992

Die Geschichte der DDR aufarbeiten Zur Notwendigkeit eines eigenen Forschungsinstituts

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung

Für das Bewußtsein der Menschen in Ostdeutschland, für die 'innere Einheit' Deutschlands und für das gegenseitige Verständnis der Menschen in Ost und West ist die umfassende Erforschung und gesellschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der DDR unabdingbar. Wer die Probleme des Aufbaus in den östlichen Bundesländern, die soziale Lage und psychologische 'Befindlichkeit' der Menschen in der früheren DDR nach dem Beitritt zur Bundesrepublik verstehen und richtig bewerten will, der muß sich ernsthaft, "sine ira et studio", mit der Vor- und Gründungsgeschichte der DDR, mit den Problemen des Wiederaufbaus und den Zwängen des Kalten Krieges, mit den Interessen beider deutscher Seiten und ihrer Verbündeten, mit SED-Herrschaftsstrukturen und Anpassungsdruck, mit Blockparteien und Opposition, mit Kontinuität und Brüchen in der knapp einundvierzigjährigen Geschichte der DDR auseinandersetzen. Dafür kann die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages nur erste Vorarbeiten leisten. Die Politik muß jetzt die Voraussetzungen schaffen, daß die Geschichtswissenschaft im vereinten Deutschland systematisch und gezielt diesen Abschnitt deutscher Geschichte erforschen kann. Hierbei sollte die Geschichtswissenschaft in den Neuen Bundesländern eine besondere Rolle übernehmen.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden für die Geschichtswissenschaft aber nicht nur neue Frage- und Problemstellungen aufgeworfen, auch ihre Erkenntnisbasis verbreiterte sich schlagartig: Bislang strikt verschlossene Archive öffneten sich, Politiker veröffentlichten ihre Erinnerungen, und in Prozessen kamen und kommen weitere Tatsachen ans Tageslicht. Der Umfang der Forschungsaufgaben übersteigt die Möglichkeiten der Geschichtswissenschaft an den deutschen Universitäten bei weitem; das gilt insbesondere für die historischen Fachbereiche der ostdeutschen Hochschulen, die als politisch "besonders belastet" galten und sich im Prozeß der Erneuerung befinden. Es geht aber auch weit über den spezifischen Ansatz des Instituts für Zeitgeschichte in München hinaus, das sich enorme Verdienste bei der Erforschung der NS-Geschichte erworben hat und jetzt das Projekt eines "Diktaturvergleichs" beginnen möchte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Wir brauchen als Kristallisationskern für die Erforschung der Geschichte der DDR ein eigenständiges Forschungsinstitut. Das Münchner Institut, einst von den Ländern der amerikanischen Besatzungszone begründet, ist allerdings kein schlechtes Leitbild, wenn wir heute nach sinnvollen institutionellen Rahmenbedingungen für die Erforschung der DDR-Geschichte fragen. Folgende Voraussetzungen müssen m. E. gegeben sein:

- Der Bund steht in der gesamtstaatlichen Verantwortung, für diese zentrale Aufgabe der Vereinigung die Finanzierung mit zu garantieren. Gleichzeitig müssen die ostdeutschen Bundesländer gleichberechtigt bei der Ausgestaltung einer Forschungseinrichtung mitreden können. Es bietet sich die Gründung eines Instituts an, das von der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen andererseits gemeinsam getragen wird.
- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR müssen von Beginn an am Aufbau eines solchen Instituts beteiligt werden.
- Das Institut muß seinen Standort in einem der neuen Bundesländer haben. Angesichts der Konzentration nicht nur von Macht, sondern auch von Akten im Raum Berlin zu DDR-Zeiten erscheint der - auch vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene - Standort Potsdam der brauchbarste.
- Die Erforschung der DDR-Geschichte muß staatsfern, unabhängig und auf der Basis einer dauerhaft gesicherten Finanzierung organisiert werden.

Diese Bedingungen lassen sich am ehesten durch die Gründung eines eigenständigen Instituts im Rahmen der 'Blauen Liste' (Finanzierungsschlüssel: 50 Prozent Bund, 50 Prozent beteiligte Länder) erfüllen.

Auch ein sehr gut ausgestattetes Institut kann und wird nicht das Monopol auf die Erforschung der DDR-Geschichte haben. Es soll Kristallisationskern für einen flexiblen Forschungsverbund sein, dem auch das Institut für Zeitgeschichte in München, die Arbeitsstelle für die Erforschung der Geschichte der ehemaligen DDR in Mannheim, Hochschul institute, Archive und Stiftungen angehören. Die Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer gemeinsamen Geschichte wird für Jahrzehnte eine wichtige Aufgabe der ganzen Gesellschaft sein.

(-/8. September 1992/rs/ks)

"Politikfähigkeit" wichtiger als Problemlösung? Zu den Entscheidungen der SPD-Sofortprogrammkommission

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Jetzt ist die SPD für die Öffentlichkeit also doch in der Asylfrage umgefallen. Die Sachzwänge machen es wieder einmal möglich, hehre Grundsätze und Parteitagebeschlüsse und die eigene geschichtliche Erfahrung über Bord zu werfen. Zyniker - nicht nur von der Regierungsbank - hatten das Umfallen der SPD schon lange prophezeit. 'Politikfähigkeit' heißt das Linsengericht, für welches ein Grundrecht geopfert wird.

Wenn dieses Linsengericht doch wenigstens dem Grunde nach die anstehenden Probleme lösen würde. Die Kommunalpolitiker - die hauptamtlichen Bürgermeister, Landräte, Oberkreis- und Oberstadtdirektoren wie auch die vielen ehrenamtlichen - erwarten vom Bundestag verständlicherweise zurecht einen Lösungsvorschlag, welcher den Zuwanderungsdruck von Ausländern vor Ort deutlich reduziert. Da lohnt es sich einmal über ein paar Fakten nachzudenken:

1. Trotz zahlreicher Mahnungen von Kirche, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden hat die SPD im Bundestag das Asylbeschleunigungsverfahren mit Wirkung vom 1.7.1992 mitbeschlossen. Dies sollte den Anstau von Asylbewerbern rasch abbauen, da die Mehrzahl der Bewerber angeblich die Freiheiten des Artikels 16 GG mißbrauchen. Offensichtlich will man

die Erfüllung dieser Erwartungen gar nicht erst abwarten, das heißt man zweifelt bereits sechs Wochen später an den eigenen Vorgaben!

2. Fachleute - auch in der SPD - wissen, daß auch nach einer Änderung des Artikel 16 GG der eigentliche Flüchtlingszustrom nicht ab- sondern zunehmen wird. Insofern werden in der Öffentlichkeit jetzt falsche Erwartungen geweckt. Ist das redlich? Die Bürgerinnen werden vorhersehbar tief enttäuscht sein.
3. In Zimdorf liegen derzeit mehr als 300.000 Anträge unbearbeitet. Diese Zahl wird sich voraussichtlich bis zum Jahresende auf 500.000 erhöhen. Daran ändert auch die Grundgesetz-Änderung nichts. Hier ist der Bund mit Infrastruktur und Personal gefragt.
4. In den ersten sieben Monaten 1992 wurden 234.000 Asylanträge neu gestellt. 64 Prozent der Anträge stammen von Bewerbern aus europäischen Ländern (Jugoslawien, Rumänien, Türkei, Bulgarien). Ländern in denen bald die europäische Freizügigkeitsregelung gelten wird, oder aus denen nach der Genfer Flüchtlingskonvention in jedem Fall Flüchtlinge aufzunehmen sind. Festzuhalten bleibt, daß bei diesen 64 Prozent (fast zwei Drittel) eine Änderung des Artikels 16 GG für die Kommunalpolitiker vor Ort nichts ändert! Wir reden offensichtlich über die falschen Probleme.
5. Bürgerkriegsflüchtlinge haben dem Westen nach nichts in dem zeitaufwendigen Asylverfahren zu suchen. Hier ist die Ausländergesetzgebung in einem rechtstechnisch einfachen Verfahren so zu ändern, daß solche Bürgerkriegsflüchtlinge - jeweils auf sechs Monate befristet und verlängerbar - eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, welche automatisch nach Wegfall des Fluchtgrundes erlischt. Darüber ist sich die SPD seit Monaten einig. Wo bleibt die Entsprechende Gesetzesvorlage der SPD-Bundestagsfraktion, wo die Bundesratsinitiative der SPD-Länder?
6. Deutschland kann aus räumlichen Gründen nicht Zufluchtsort für alle Mühseiligen und Beladenen dieser Welt werden. Also brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Darüber besteht ebenfalls in der SPD seit Monaten Einigkeit. Wo bleibt der Antrag der SPD-Fraktion oder die Bundesratsinitiative der SPD-Länder?
7. Das Potential der ausreisewilligen Spätaussiedler wird auf bis zu zwei Millionen geschätzt. Auch sie konkurrieren um Arbeit und Wohnung. Hier bedarf es einer abschließenden Regelung des Artikels 116 GG. Die Bundesregierung will an dieses Thema aus Deutschtümelei und weil dieser Personenkreis wegen seiner Hautfarbe im Straßenbild nicht so auffällt, nicht heran. Wo bleibt die SPD-Initiative auf Bundesebene?
8. Bei einer Reihe von Schwarzafrikanischen Ländern ist inzwischen der Asylgrund entfallen, zum Beispiel Nigeria, Ghana, Angola. Hier könnten sorgfältig geplante Repatriierungsprogramme mittelfristig Abhilfe schaffen. Auch hier ist bislang Fehlanzeige zu vermeiden.
9. Wegen des sich verschärfenden Nord-Süd-Gegensatzes befinden wir uns an dem Anfang einer riesigen Völkerwanderung. Die Flüchtlingsströme werden sich nach Schätzungen der UN-Flüchtlingsbehörde bis zum Jahr 2000 (innerhalb der nächsten acht Jahre!) verdoppeln, wahrscheinlich sogar verdreifachen. Eine rationale Politik würde verstärkt in die Fluchtursachenbekämpfung investieren. Doch eine Entwicklungspolitik, welche vom Norden wirklich "Teilen" mit notwendiger Änderung des Konsumverhaltens verlangen würde, ist zwar bei Sonntagsreden salonfähig, nicht aber im Bundestag - auch nicht innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion - mehrheitsfähig.

Eine verantwortliche SPD-Politik würde deshalb zuerst das überfällige Gesamtpaket schnüren. Doch offenbar scheint jetzt, nach Petersberg, das Linsengericht "Politikfähigkeit" wichtiger zu sein als die eigentliche Problemlösung. Das darf doch nicht wahr sein!

(-/8. September 1992/rs/tr)

Der neuen jungen Demokratie Starthilfe leisten
Zu dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Kongo

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mit dem jetzt erfolgten zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ist im Kongo das demokratische Wahl-Marathon nach Verfassungsreferendum, Kommunalwahlen, Parlamentswahl und Senatswahlen abgeschlossen. Der neue demokratisch gewählte Präsident heißt Pascal Lissouba. Er wurde mit 60,32 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Bernhard Kolelas erhielt 38,68 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,6 Prozent und war damit höher als im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Besonders in den südlichen Regionen des Kongo konnte Lissouba überzeugende Mehrheiten mit teilweise bis zu 98 Prozent der Stimmen erreichen. Sein Gegenkandidat Kolelas hat eine Eingabe bei dem Obersten Gerichtshof eingebracht und sich über Wahlbetrug wegen Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der des Wahlganges beschwert. Mit einer Annullierung der Präsidentschaftswahlen ist nach Meinung des kongolesischen Innenministeriums jedoch nicht zu rechnen.

Pascal Lissouba und Bernhard Kolelas hatten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Übergangs-Staatspräsidenten Denis Sassou-Nguesso, der ebenfalls kandidierte, und den Übergangs-Premierminister Andre Milongo geschlagen. Lissouba hatte 35,89 Prozent der Stimmen erreicht, Kolelas hatte 20,32 Prozent erhalten. Auf Sassou-Nguesso entfielen nur 16,87 Prozent, auf den unabhängigen Kandidaten Milongo 10,18 Prozent der Stimmen. Insgesamt hatten sich 16 Präsidentschaftskandidaten beworben.

Mit dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen bestätigt sich ein Trend, der schon bei den vorangegangenen Wahlen zu verzeichnen war: Bei den Parlaments- und Senatswahlen kam es zu einer Stabilisierung der neuen Parteien von Lissouba (Pan-Afrikanische Union für Soziale Demokratie, UPADS) und Kolelas (Kongolesische Bewegung für Demokratie und integrale Entwicklung, MCDDI). Die frühere Einheitspartei Sassou-Nguessos (Kongolesische Einheitspartei, PCT) mußte jeweils empfindliche Niederlagen hinnehmen.

Nach der Wahl Pascals Lissoubas zum neuen Präsidenten des Kongo ist der erste entscheidende Schritt des Demokratieprozesses im Kongo abgeschlossen. Die zurückliegenden Wahlen im Kongo verliefen ohne relevante Zwischenfälle und nach vorliegenden Informationen insgesamt demokratisch. Auch die Militärs verhielten sich zurückhaltend und sorgten während der Wahlen für Sicherheit. Neben der Haltung der Militärs ist auch der wichtige Beitrag des bisherigen Staatspräsidenten am Demokratieprozeß im Kongo positiv zu betonen.

Der Verlauf des Demokratieprozesses im Kongo und die Wahl Lissoubas zum neuen Staatspräsidenten ist zu begrüßen. Im Kongo wurde der Demokratieprozeß 'von unten' betrieben. Staatspräsident Sassou-Nguesso war im Frühjahr 1991 von einer Nationalkonferenz, die die Wende zu einem pluralistisch-demokratischen System beschloß, weitgehend entmachtet worden. Der Weg der 'Demokratisierung von unten' durch Nationalkonferenz, Übergangsregierung und provisorischer Legislative hat sich auch im Kongo als richtig erwiesen.

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse des ersten Wahlganges der Präsidentschaftswahlen hat Sassou-Nguesso seine Niederlage akzeptiert. Sein Rückhalt in der Bevölkerung war gering. Er hat inzwischen sein Amt an Lissouba übergeben. Lissouba hat durch seine Arbeit als Direktor der UNESCO-Regionalbüros in Afrika und sein Amt als Ministerpräsident, das er Ende der 80er Jahre im Kongo innehatte, bereits politische Erfahrungen sammeln können. Er genießt offensichtlich größeres Vertrauen in der Bevölkerung als der Kandidat Kolelas.

Die Abwahl Sassou-Nguessos ist insbesondere auf die schlechte Wirtschaftslage des Kongo zurückzuführen. Der Kongo hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Afrika. Sassou-Nguesso konnte höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Afrika. Sassou-Nguesso konnte keine Verbesserung der Lage mehr herbeiführen, die schlechten Lebensbedingungen führten immer wieder zu sozialen Unruhen.

Der Demokratieprozeß im Kongo war von Sassou-Nguesso und seiner Partei - im Kongo bestand jahrelang eine Einparteiensherrschaft - maßgeblich eingeleitet worden. Auch Übergangs-Premierminister Milongo trug wesentlich zur Entwicklung der Demokratie im Kongo bei.

Die Fortführung dieser Entwicklung liegt nun in den Händen des neu gewählten Parlaments und Senats und des neuen Staatspräsidenten Lissouba. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Kongo. Die westlichen Demokratien sollten den vom Kongo eingeschlagenen Weg der Demokratisierung, der bisher konsequent und erfolgreich beschritten wurde, unterstützen.

Besonders im wirtschaftlichen Bereich muß dem Kongo geholfen werden. Dazu gehört auch ein Schuldenerlaß für das afrikanische Land, auch als Anerkennung für den Demokratieprozeß und als Starthilfe für die neue junge Demokratie. Ohne einen Schuldenerlaß, auch von anderen Gläubigerländern, wird es für die neue Demokratie schwierig, das Land ohne Probleme auf dem Weg der Demokratie zu halten.

(-/8. September 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Björn Engholm zum 70. Geburtstag von "Ben Wisch"

Der SPD-Parteivorsitzende Björn Engholm hat anlässlich des Empfangs zum 70. Geburtstag von Hans-Jürgen Wischnewski am 8. September in Bonn die Verdienste dieses "unvergleichlichen Sozialdemokraten" gewürdigt. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede.

1. Ein unvergleichlicher Sozialdemokrat

Alle hier Anwesenden kennen zentrale Stationen des aufregenden Lebenswegs von Hans-Jürgen Wischnewski - Ben Wisch - wie er von manchen respektvoll und freundschaftlich genannt wird. Der weite Weg des jungen Mannes aus Ostpreußen über Berlin und Bayern nach Köln, der dann folgende politische Weg eines preußischen Rheinländers oder eines rheinischen Preußen. "Ben Wisch", seit mehr als 45 Jahren unserer Partei verbunden, ein engagierter Fachmann sowohl für Deutschland - als auch für internationale Politik, Freund zunächst der arabischen Welt und dann auch besonders Mittelamerikas, erfolgreicher Krisenmanager in bedrohlichen Situationen, das Stichwort "Mogadischu" bleibt untrennbar mit seinem Namen verbunden. Helmut Schmidt, mit dem gemeinsam er diese wohl größte Krise seines troubleshooter-Daseins bewältigt hat, schätzt seinen damaligen Staatsminister als "Mann des Durchblicks durch gesellschaftliche, politische und internationale Zusammenhänge", als "Meister im Umgang mit Menschen", als "Mann unbeirrbarer politischen Instinktes", dessen Rat er immer mit Gewinn befolgt habe. Johannes Rau, "Ben Wischs" Landesvater, dem er, der Kölner Bundestagsabgeordnete von 1957 bis 1990 und damit sozialdemokratisch "gelernte Kölsche", eng verbunden ist, Johannes Rau ist ganz sicher zuzustimmen, wenn er sagt: "Hier hat ein Mann auf seine Weise unserem Staat gedient, die sich im Wortsinne als 'unvergleichlich' bewerten läßt, und zwar was ihre inhaltliche Vielfalt wie ihrem allem Medienkult ganz fernbleibenden Stil betrifft".

2. Ein glaubwürdiger Politiker

Kein Zweifel, und ich denke, Sie, Herr Bundespräsident, werden mir darin zustimmen: Es gäbe heute weniger Politikverdrossenheit, wenn alle Politiker Hans-Jürgen Wischnewskis Motto "Seine Pflicht und Schuldigkeit tun" tagtäglich beherzigen würden. Wenn sich alle intensiv darum bemühten, mit dem jeweiligen Gegenüber wirklich so ins Gespräch zu kommen, wie "Ben Wisch" das zu tun pflegt: "Die Leute müssen spüren, daß man ein Freund ist", so umschreibt es das selbst. Wobei man als wahrer Freund keineswegs nur Nettigkeiten von sich zu geben hat. Schönrederei war nie "Ben Wischs" Sache...

3. Selbstbewußter Politikmanager

Lieber Hans-Jürgen, Du hast es auch immer wieder geschafft, Deine Arbeit, Deine Aufgabe so zu erledigen, wie Du es für richtig hältst - ohne Dich dabei allzu sehr von der öffentlichen oder veröffentlichten Meinung beeindrucken oder beeinflussen zu lassen. Unsere Partei hat davon ganz besonders während Deiner Zeit als unser Geschäftsführer profitiert. Wobei ich nicht unterschlagen will, daß Du in unserer Partei so ziemlich alle Spitzenfunktionen bekleidet hast, die zu besetzen sind: Du warst Mitglied des Parteivorstands, des Präsidiums und des Vorstands der Bundestagsfraktion, Du warst stellvertretender Parteivorsitzender und, wohl zu Deinem Leidwesen, auch Schatzmeister der SPD.

Auch Parteien unterliegen Stimmungen und Stimmungsschwankungen, davon können sicherlich auch Sie, Herr Bundeskanzler als langjähriger Parteivorsitzender ein langes Lied singen. Als Hans-Jürgen Wischniewski 1968 unser Geschäftsführer wurde, war die Stimmung in der SPD schlecht, wie Umfragen bestätigten. Hans-Jürgen Wischniewski, damals von Willy Brandt zum Wahlkampf-Leiter auserkoren, sagte nach Vorstellung dieser Umfrage-Ergebnisse: "Wir werden solch große Anstrengungen unternehmen, daß wir es 1969 doch noch schaffen."

Bekanntlich erzielten wir 1969 das bis dahin beste Ergebnis unserer Geschichte. Ich betone diese beiden Wörtchen, weil ihr versehentliches Fehlen im Abdruck meiner Würdigung zu Hans-Jürgen Wischniewskis Geburtstag Anlaß zu der Spitze gab, ob ich die noch besseren Ergebnisse der "Willy-Wahl" von 1972 vergessen hätte. "Ben Wisch" hätte wohl auch dazu seine Empfehlung zitiert: "Auch wenn Du selbst nach deiner Auffassung unberechtigt von den Medien angegriffen wirst, sei nicht zu empfindlich. Morgen kommt eine neue Zeitung." Und noch eine andere Erkenntnis unseres damaligen Wahlkampfleiters erscheint mir für den politischen Stil in unserem Lande parteiübergreifend heute mehr denn je bedenkens- und beherzigenswert: "Damals habe ich für alle Zeiten gelernt, daß eine korrekte Sachinformation sich immer bezahlt macht und daß man für Diffamierungen des politischen Gegners die Rechnung meist selbst bezahlen muß."

4. Ein verantwortungsvoller deutscher Außenpolitiker

Wir diskutieren heute intensiv über die Rolle des größer gewordenen Deutschlands in der Völkergemeinschaft. Wie sieht verantwortliche deutsche Außenpolitik aus? Hans-Jürgen Wischniewski, der im übrigen unser Land auch schon vor der UNO vertreten hat, lebt uns das seit Jahrzehnten vor. Allen, die nach dem richtigen Weg zwischen Vertretung der eigenen Interessen und der Gefahr, die Interessen anderer zu ignorieren, suchen, sei seine ebenso einfach wie erfolgreiche Methode empfohlen: "Ich habe meine Gespräche immer so angelegt, daß ich dem anderen sagte: Ich werde Ihnen jetzt einmal sagen, wie ich Ihre Interessenlage sehe. Die Leute haben gestaunt: Der hat sich mit unseren Interessen beschäftigt! Danach habe ich meine Interessen geschildert und gesagt: 'Jetzt wollen wir mal sehen, ob wir einen gemeinsamen Weg finden.' Daß dies leider keineswegs selbstverständlich ist, daß in der Außen- und Entwicklungspolitik keineswegs immer um der Menschen hier und dort willen gehandelt wurde und wird, das hat Hans-Jürgen Wischniewski zu Genüge erfahren.

Zwei weitere Lehren von "Ben Wisch", die er aus seinen Kriegserlebnissen für die politische Arbeit abgeleitet hat, sollten für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik selbstverständlich bleiben. Erstens, daß Frieden nur durch Zusammenarbeit gesichert werden kann. Und daß wirkliche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie auf Kenntnis des anderen und Verständnis für den anderen beruht. Zweitens, daß Politik "mit Leidenschaft und Augenmaß", wie er sie höchst erfolgreich immer betrieben hat, auf der Erkenntnis basieren sollte: "Neue Lage - neue Analyse - neue Entscheidung". Die Umwälzungen der letzten Jahre haben neue Lagen geschaffen, die sich in einem Tempo verändern, daß wir schon mit der Analyse kaum nachkommen. Hier sind Wachheit und flexibles Denken und Handeln gefragt. Mit dem Entwurf für unser Sofortprogramm sind wir - so glaube ich - auf dem richtigen Weg.

Lieber Hans-Jürgen, Du hast aus deiner neuen Lage nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag (nach 33 Jahren!) längst neue Entscheidungen getroffen. Als Vorsitzender des Nahostkomitees der Sozialisten Internationale bleibst Du weiterhin bemüht, ganz im Auftrag und im Sinne des SI-Präsidenten Willy Brandt, dem Frieden in der Region neue, größere Chancen zu eröffnen. ...

(/8. September 1992/rs/ks)